Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 92. **Donnerstag, 21. April 1927, abends.** **80. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Das russische Rätsel.

Wenn auch die nunmehr vollzogene russisch-schweizerische Einigung das äußere Hindernis einer Annäherung der Sowjets an den Völkerbund beseitigt hat, so ist doch noch immer nicht die Frage gelöst, ob nunmehr Rußland auf Grund dieser neuen Situation sich entschließen wird, an den am 4. Mai beginnenden Verhandlungen der Weltwirtschaftskonferenz sich offiziell vertreten zu lassen. Genf hofft dies. Aber der Wunsch ist hier mehr Vater des Gedankens. Was aus Moskau über die Möglichkeiten einer Beteiligung der Sowjet-Union an den Genfer Wirtschaftsbesprechungen herüberklingt, ist nicht gerade sehr vielversprechend. Man hörte die Rede Rykows auf dem Allrussischen Rätekongreß, seine strikte Absage an den Völkerbund. Man liest täglich die Kommentare der Moskauer Presse, die zwar die Beseitigung des russisch-schweizerischen Konfliktes begrüßen, andrerseits aber den Termin der Einigung für zu verspätet erachten, um jetzt noch an eine Beschickung der in wenigen Tagen beginnenden Wirtschaftskonferenz denken zu können. Im übrigen stellt sich das offizielle Moskau anscheinend auf den Standpunkt, daß ein solcher Entschluß der Sowjet-Regierung erst abhängig gemacht werden müßte von einer erneuten offiziellen Einladung des Völkerbundes an die Moskauer Regierung. Dies sicherlich nur eine Etiquette-Frage, die mehr aus Prestige-Gründen aufgeworfen wird, die aber, wie zu ersehen ist, in Genf entschieden ernster und schwerwiegender bewertet wird, als sie es eigentlich verdient. Anscheinend besteht in den Kreisen des Völkerbundes keine Neigung, diesem formalen Wunsch Rußlands Rechnung zu tragen. Eine Erscheinung, die doppelt betrüblich ist, weil sie unter Umständen Rußland von neuem einen Vorwand liefert, seine Mitarbeit an einer Frage abzulehnen, die ohne Mitwirkung Rußlands einfach nicht zu lösen ist.

Andrerseits ist auch das russische Widerstreben nicht leicht verständlich. Würde doch eine Beteiligung Rußlands an der Wirtschaftskonferenz in Genf auf keinen Fall der Sowjet-Regierung irgend eine Bindung auferlegen. Die Vollmachten der zu dieser Konferenz entsandten Delegierten sind nicht so weitgehend, daß sie irgend welche die Regierungen der einzelnen Nationen verpflichtenden Beschlüsse zeitigen könnten. In der Tat liegt der Charakter der kommenden Weltwirtschaftskonferenz mehr in einer Ueberprüfung der Möglichkeiten einer Beseitigung des europäischen Wirtschaftselends, als in einer Urteilsfassung, wie dieses Elend behoben werden muß. Man hat also in dieser kommenden Wirtschaftskonferenz eine unverbindliche Zusammenkunft von Wirtschaftssachverständigen aller Länder zu erblicken, die sich aussprechen wollen. Vielleicht Vorschläge auszuarbeiten haben, die als Material den einzelnen Regierungen zuzuleiten sind, die auch unter Umständen, so die betreffenden Regierungen ihnen beistimmen, auch einen offiziellen Charakter annehmen können. Jedenfalls hat Genf in den nächsten Wochen nichts Endgültiges zu entscheiden. Und schon allein diese Erkenntnis beseitigt restlos die etwas konstruierten Gründe Moskaus gegen eine Beschickung der Weltwirtschaftskonferenz. Das trifft insbesondere auf die russische Befürchtung zu, daß der Sowjet-Standpunkt in der Frage des russischen Außenhandelsmonopols in Genf eine strikte Ablehnung von seiten aller übrigen kapitalistischen Staaten finden würde. Da, wie schon gesagt, die Wirtschaftskonferenz keine bindenden Beschlüsse fassen kann, so würde auch die Ablehnung des russischen Wirtschafts-Standpunktes durch eine Mehrheit der Konferenz an dem gegenwärtigen Stand der Dinge nicht das geringste ändern.

Etwas anders liegt die Sache allerdings in der Frage einer Beteiligung Rußlands an den vorbereitenden Abrüstungsarbeiten. Hier hat der Gang der bisherigen Genfer Ausschuß-Sitzungen gelehrt, daß eine überwiegende Mehrheit der Völkerbundsnationen der Abrüstungsidee eine Auffassung entgegenbringt, die diese Idee an sich völlig aufhebt. Außerdem hat die Rolle, die Deutschland bisher bei diesen „Abrüstungsarbeiten" spielte, durchaus den Eindruck verstärkt, daß eine Majorisierung der gegenteiligen Ansicht im Gremium dieser Ausschüsse beabsichtigt wird. Rykow hat der Welt das russische Abrüstungsprogramm bekannt gegeben. Ein Abrüstungsprogramm, das in seiner weitgehenden Fassung wohl nur von Deutschland akzeptiert würde, von sonst niemandem. Aber auch diese Gegensätzlichkeit der russischen Einstellung zur Einstellung der Völkerbundsmehrheit würde nichts an dem moralischen Wert ändern können, den eine solche aktive Beteiligung Rußlands an den Genfer Abrüstungsarbeiten für die Idee der Weltabrüstung selbst haben muß. Wir in Deutschland haben trotz der Isolierung unseres Standpunktes zur Abrüstungsfrage den Kampf gegen die widerstrebende Völkerbundsmehrheit in Genf aufgenommen. Praktisch haben wir zwar nicht viel erreicht. Aber unsere Stimme ist zum mindesten gehört worden. Würde sich Rußland nunmehr auch an unsere Seite stellen, so würde die Stimme unbedingt an moralischem und letzten Endes auch an sachlichem Gewicht gewinnen. Ein Meinungsumschwung in Moskau würde daher in Deutschland höchst freudig begrüßt werden.

Kownoer Demarche der Alliierten.

* Paris. Wie die Telegrafen-Union aus gut unterrichteter Quelle erfährt, haben **die Gesandten Frankreichs, Englands und Italiens** in Kowno bei dem litauischen Ministerpräsidenten und Außenminister Woldemaras **eine Kollektiv-Demarche unternommen, um die Aufmerksamkeit der litauischen Regierung auf die strenge Beobachtung der Beschlüsse der Botschafterkonferenz über die polnisch-litauische Grenzziehung zu lenken.** Bekanntlich hatte vor einiger Zeit auch die Botschafterkonferenz in einer Note die litauische Regierung an die früher von der Konferenz gefaßten Beschlüsse erinnert.

Blockadedrohung der Mächte gegen China.

* Berlin. Wie verlautet, fanden gestern **Besprechungen zwischen den Oberkommandierenden der fünf Mächtestreitkräfte in China** statt, in denen **ein gemeinsamer Blockadeplan gegen China festgelegt wurde.** Japan, das sich bisher ablehnend gegen eine Blockade zeigte, soll ebenfalls daran teilnehmen.

Die Absichten der neuen Nankinger Regierung.

)(Schanghai. (Reuter.) Wie aus Nanking gemeldet wird, soll **Tschangkaischek** nach Bildung seines Kabinetts beabsichtigen, **den Kampf gegen die Nordarmee fortzusetzen.** Da Tschangkaischek über mehr als 300 000 Mann verfügt, erwartet man keinen Angriff von seiten Hankaus. Die neue nationalistische Regierung wünscht, wie es heißt, die Freundschaft aller Länder, besteht jedoch auf der Abschaffung aller ungleichen Verträge. **In Schanghai wird mit allen Mitteln gegen die Kommunisten vorgegangen.** Etwa 100 Extremisten sind bereits hingerichtet worden.

Flaggenerlaß Tschangkaischeks.

* Riga. (Telunion.) Wie aus Moskau berichtet wird, hat Tschangkaischek einen Erlaß über die neue Flagge der Kantonregierung veröffentlicht, die eine weiße Sonne auf blauem Hintergrund darstellt. Zum Außenminister seiner Regierung hat er den Führer des rechten Flügels der Kuoming-Partei Tsitsihwu, ernannt, der sich morgen zu Besprechungen mit dem Bevollmächtigten Tschangtsolins, Sunpaotschi, nach Schanghai begibt.

Neue englische Truppen nach China.

* London. (Telunion.) Eine gut ausgerüstete Pionierkompagnie ist gestern von Aldershot nach Southampton abgegangen, wo sie nach China verschifft worden ist. Die Kompagnie führt 51 Lastkraftwagen neuesten Typs mit sich. Außerdem sind zwei Bataillone der ersten Feldartilleriebrigade nach ihrem Verschiffungshafen abgegangen, nachdem der Stab und zwei Batterien bereits vorher nach China entsandt worden sind. Gleichzeitig ist das dritte Geschwader des englischen Fliegerkorps nach dem Verschiffungshafen Southampton abtransportiert worden. Den Transport wird ein fliegendes Lazarett mit 200 Betten vervollständigen.

Diese neuen Truppenverschiffungen, bei denen nicht klar erkennbar ist, ob sie in den Rahmen der kürzlich von der Admiralität angekündigten Verstärkungen fallen oder bereits darüber hinausgehen, deuten darauf hin, daß die englische Regierung die Entwicklung in China als eine Verschärfung der Lage ansieht. Diese neuen Verschiffungen sind besonders im Zusammenhang mit den angekündigten Flottenkonzentrationen vor Hankau und Nanking bemerkenswert, da sie, gleichviel, wie die Antwort an Tschen ausfallen wird, zeigen, daß sich England sowohl zu Lande wie zur See auf alle Möglichkeiten in China vorbereitet.

Tschangkaischek und die Kommunisten.

* Paris, 21. April. Nach den letzten Meldungen aus China hat sich **die Lage in der Provinz Kiangsi**, die jetzt völlig in den Händen der Radikalen ist, **erheblich verschlechtert.** Aus Kiukiang und Nantschau werden schwere Kommunistenausschreitungen gemeldet. Auch in der früheren englischen Konzession in Hankau sind die Ausländer den Angriffen des Pöbels immer noch ausgesetzt.

In **Nanking** scheint die **antikommunistische Bewegung immer mehr an Boden zu gewinnen.** Die Erhebung Nankings zur neuen nationalistischen Regierung wurde durch eine Massenkundgebung gefeiert. Es wurde eine Entschließung angenommen, nach der alle Kommunisten aus der nationalistischen Partei ausgeschlossen werden sollen. Anscheinend hält Tschangkaischek es für unklug, zu streng gegen die Kommunisten vorzugehen. In einer Proklamation betont er, daß den Kommunisten eine gerechte Behandlung widerfahren solle, bis eine Vollversammlung des Executive-Komitees der Nationalistischen Partei über die Haltung gegenüber dem kommunistischen Programm entschieden habe.

Neue Hinrichtungen in Schanghai.

* London. **Sechs Führer der Gewerkschaft der Seeleute**, die kürzlich während des Generalstreikes in Schanghai verhaftet wurden, sind gestern **hingerichtet worden.** Hierdurch erhöht sich die Zahl der während der letzten drei Wochen hingerichteten Kommunisten auf über 100.

Tschangkaischek warnt Fengyusiang.

Neue Truppen nach Hankau.

* Riga. Aus Moskau wird gemeldet, daß Tschangkaischek an Fengyusiang ein Telegramm gesandt habe, in dem betont werde, daß **die Uebernahme der Kommandogewalt über die Truppen Tschangkaischeks durch Feng gleichbedeutend sei mit einer Kriegserklärung.** Tschangkaischek stelle Feng anheim, sich von dem Posten loszusagen. Tschangkaischek hat neue Truppen gegen die Regierung in Hankau entsandt.

Maßnahmen zur Verteidigung des Gesandtschaftsviertels in Peking.

Peking. (Funkspruch.) Bewaffnete Wächter der Protokollmächte haben die westliche Mauer des russischen Gesandtschaftsareals besetzt. Diese Maßnahme, die in Uebereinstimmung mit den chinesischen Behörden ergriffen wurde, war zur Verteidigung des Gesandtschaftsviertels notwendig. Da die Tore des russischen Grundstückes geschlossen waren, kletterten amerikanische Seeleute über die Mauer und ließen dann die Wächter der anderen Mächte ein.

Festsetzung der nördlichen Demarkationslinie der 2. Besatzungszone.

Koblenz. (Funkspruch.) **Das Oberpräsidium gibt bekannt: Durch Abkommen vom 9. April 1927 zwischen dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete und der interalliierten Rheinlandkommission ist die nördliche Demarkationslinie der zweiten Besatzungszone nunmehr im einzelnen festgesetzt worden. Das Abkommen tritt am 1. Mai d. J. in Kraft.**

Die Demarkationslinie wird hauptsächlich von Landstraßen und Eisenbahnlinien gebildet. Um das der Besatzung auf diesen Linien zustehende Verkehrsrecht auch im Interesse der deutschen Bevölkerung reibungslos zu gestalten, sind sogenannte Uebergangsstreifen gebildet worden, die je nach den örtlichen Verhältnissen gewisse Geländegebiete nördlich und südlich der Demarkationslinie umfassen.

Die Besatzung hat als Gegenleistung Zugeständnisse für die Ausübung des Besatzungsregimes in gewissen Teilen des noch besetzt bleibenden Gebietes gemacht. So soll Bad Neuenahr grundsätzlich von Besatzung freibleiben, und von Kontrollen der Personalausweise soll dort möglichst abgesehen werden.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz fordert in einer Bekanntmachung, die in den Uebergangsstreifen zum Anschlag gekommen ist, die Bevölkerung auf, das Verkehrsrecht der Besatzung zu respektieren. Ruhe und Ordnung müsse unter allen Umständen gewahrt werden. Zuwiderhandlungen gegen gesetzliche und polizeiliche Bestimmungen würden bestraft werden.

Die Ueberschwemmungen im Mississippigebiet.

)(Newyork. **Die Ueberschwemmungen im Mississippigebiet nehmen immer größeren Umfang an. Gegenwärtig stehen etwa 6250 Quadratmeilen Land unter Wasser. 50 000 Personen sind ohne Obdach.**

Schweres Fährunglück auf der Oka.

* Riga. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist auf dem Flusse Oka **eine Fähre mit 23 Bauern und 16 Pferden untergegangen. Nur ein kleiner Teil der Bauern konnte gerettet werden.**

Banditenüberfall auf einen Zug in Mexiko. 186 Reisende getötet.

* Newyork, 20. April. Wie aus Mexiko gemeldet wird, überfielen Banditen den von Guadalajara kommenden Zug. Sie verschlossen die Türen und **steckten den Zug in Brand, sodaß sämtliche Reisende, 186 Männer, Frauen und Kinder unter furchtbaren Schreien bis zur Unkenntlichkeit verkohlten.**

)(Mexiko. Zu dem Ueberfall auf einen Personenzug in Mexiko wird noch gemeldet, daß die Banditen den Zug zum Halten zwangen, indem sie die Lokomotive zur Entgleisung brachten. Sie töteten zunächst die militärische Eskorte des Zuges und schlossen dann die Passagiere in den Wagen ein, die sie mit Petroleum begossen und in Brand setzten. Wer von den Fahrgästen aus dem brennenden Zug zu flüchten versuchte, wurde niedergeschossen. Der Zug wurde von den Flammen völlig zerstört.

Während die Zahl der Opfer in den ersten an die Eisenbahnbehörden in Mexiko gelangten Meldungen auf mehr als 180 veranschlagt wurde, nimmt man jetzt an, daß diese Zahl unter Umständen zu hoch gegriffen ist. Es sollen sich keine Amerikaner unter den Ermordeten befunden haben.

Mexiko. (Funkspruch.) Die letzten Schätzungen der bei dem Eisenbahnüberfall in der Nähe von Guadalajara **Getöteten schwanken zwischen 100 und 180.** Unter den Ueberlebenden befindet sich der Vizepräsident der Banc of Mexiko. General Carrillo berichtete, daß er bei seinem Eintreffen an dem Ort des Ueberfalls noch die Schmerzensschreie der eingeschlossenen, in den Flammen umkommenden Menschen hörte. Zwecks Ergreifung der Banditen sind zahlreiche militärische Vorbereitungen getroffen worden.

Zur Dammeinweihung auf Sylt.

vdz. Nach dem vorliegenden Programm zur **Dammeinweihung auf der Insel Sylt** wird der **Reichspräsident am 1. Juni** in Nösse ankommen und hier von den Dammarbeitern begrüßt werden. Der Zug wird dann auf allen Bahnhöfen halten zu einer kurzen Feier und voraussichtlich um ¾1 Uhr mittags in Westerland eintreffen. Anschließend wird der Reichspräsident eine Inselrundfahrt machen und dann an dem um 2 Uhr stattfindenden Bankett teilnehmen. Um ½3 Uhr setzt sich der Festzug in Bewegung, den der Reichspräsident von der Terrasse des Kurhauses aus ansehen wird. **Die Rückreise Hindenburgs erfolgt mittels Sonderzuges.**

SLUB Wir führen Wissen.